Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich **Frauenbüro/Gleichstellungsstelle**	Datum 24.10.2000
	Schriftführer/in: Gitta Schablack Telefon-Nr.: **02202/14-2647**

Niederschrift

Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	**Sitzung am** **20.09.2000**
Sitzungsort Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:20 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnungspunkt

Inhalt

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 16.08.2000
559/2000

4. Mitteilung der Vorsitzenden

5. Mitteilungen der Bürgermeisterin

6. Wege in den Beruf: Berufliche Orientierung für alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen
555/2000

7. **Situationsanalyse: Frauen in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach 1999**
556/2000

8. **Umfrage des Städte-und Gemeindebundes zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes**
557/2000

9. **Studie des Institutes für Demoskopie Allensbach "Fraueninteressen und Frauenpolitik"**
558/2000

10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder. Sie stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Frau Reiss nimmt stellvertretend für Frau Bendig und Frau Wagner stellvertretend für Frau Schu an der Sitzung teil.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Frau Wagner weist darauf hin, dass die öffentliche Form des Ausschusses von den CDU-Frauen begrüßt wird. Im Namen der CDU-Fraktion wird um Ergänzung des Protokolls aus der letzten Sitzung gebeten. Im Protokoll fehlten Fragen nach einem autofreien Bereich in dem Gebiet der Hermann-Löns-Kaserne sowie die Antwort der Verwaltung. Außerdem habe sich Frau Schu für die vorgelegte gute Arbeit der Verwaltung bedankt und darauf hingewiesen, dass die weiblichen Stadtverordneten im Planungsausschuss auf die Arbeit des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann hinweisen und dort Berücksichtigung finden werden.

Die Wortbeiträge zu TOP 7 –Frauenspezifische Kriterien in der Bauleitplanung werden nachfolgend zusammengefasst:

Frau Schu bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei Frau Müller-Veit für die Ausführungen. Sie geht davon aus, dass die weiblichen Mitglieder des Planungsausschusses auf die Arbeit des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann hinweisen und dass sie im Planungsausschuss berücksichtigt wird.

Frau Wagner weist darauf hin, dass im Bereich der Hermann-Löns-Kaserne auch ein Gebiet für autofreies Wohnen geplant und dort eine Busanbindung besonders wichtig ist. Frau Müller-Veit gibt zu bedenken, dass dieser interessante Gedanke planungsrechtlich noch nicht gesichert ist.

Mit diesem Zusatz wird das Protokoll genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 16.08.2000

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

4 Mitteilung der Vorsitzenden

Die Vorsitzende begrüßt Frau Isernhagen als Leiterin der beruflichen Orientierungsmaßnahme sowie Herrn Hoffstadt und Frau Oehmen vom Caritasverband als Gäste, sowie auch Frau Thoben, Fachbereich 1 – Statistik und Stadtforschung, die den Vortrag zu TOP 7 technisch begleitet.

Die Vorsitzende verlegt unter Zustimmung der anderen Ausschussmitglieder den auf den 22.11.2000 (Buß- und Bettag) zuvor anberaumten Sitzungstermin auf den 23.11.2000. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Fahner am 22.11. eine Einladung von Herrn Pfarrer Noetzel aus Schildgen zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" erhalten hat und ihre Teilnahme hieran auch sehr wichtig ist.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Schmickler gibt nachfolgende Informationen bekannt:

1. Der Caritasverband Rhein-Berg setzt seine Schwangerenberatung mit den bisherigen Inhalten unter dem Namen „Esperanza" fort, wenn auch ohne Ausstellung des Beratungsnachweises im Rahmen der staatlichen Pflichtberatung. Informationen gibt es hierzu beim Caritasverband und im Frauenbüro.

2. Das Bildungswerk der Arbeiterwohlfahrt bietet in der Zeit vom 18.10. bis 06.12.2000 einen Kurs „Schwimmen für islamische und deutsche Frauen mit und ohne Kinder an. Für Sozialhilfeempfängerinnen gibt es eine Ermäßigung.

3. Das Anneke Zentrum in Hattingen bietet am 21.10.2000 ein Seminar zu den geltenden Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes mit dem Schwerpunkt Frauenförderplan an.

4. Unter der Leitung des Frauenbüros hat der Arbeitskreis „Frauen und Arbeitsmarkt" einen Wettbewerb „familienfreundlicher Betrieb" initiiert, aus dem die drei besten Betriebe hervorgehen und am 29.03.2001 ausgezeichnet werden sollen. Die Schirmfrauschaft haben Frau Opladen und Frau Adolph-Richter übernommen.

6 Wege in den Beruf: Berufliche Orientierung für alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen

Frau Fahner erläutert die Besonderheit dieses Angebotes für alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen, der nach Entwicklung eines Konzeptes erstmals unter der Trägerschaft Frauenbüro/Regionalstelle sowie Caritas und Katholisches Bildungsforum stattgefunden hat und erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Frau Isernhagen trägt im Rahmen einer Leinwandpräsentation zu Themen und

Inhalten des Orientierungskurses vor.

Auf Wunsch des Ausschusses berichtet Herr Hoffstadt vom Caritasverband, dass sich die Notwendigkeit herausgestellt habe, Frauen aus der Zielgruppe wieder eine Perspektive zu geben, die mit diesem Kurs und unter dieser Trägerschaft vermittelt werden konnte. In dieser Konstellation soll der Kurs auch fortgeführt werden. Wegen der unentgeltlichen Bereitstellung der Räumlichkeiten hat der Kurs nur etwa 8.000,-- DM gekostet.
Frau Holtzmann begrüßt im Namen der CDU-Fraktion die Durchführung des Kurses und spricht die Möglichkeit der Berücksichtigung von Mitteln für diesen Kurs bei der Haushaltsplanberatung an. Frau Schöttler-Fuchs schließt sich dem an und hebt die positive Wirkung für den Haushalt hervor, da nicht nur die Frauen in Arbeit gebracht, sondern auch deren Kinder weniger auffällig werden. Frau Koshofer begrüßt die geleistete Arbeit und bittet die Caritas, in den Fraktionen zu berichten. Auf Anfrage von Frau Holtzmann berichtet Frau Oehmen, dass die Frauen auch nach Beendigung des Kurses von der Schaffung neuer sozialer Kontakte, auch zu Institutionen, profitieren. Frau Fahner berichtet, dass aufgrund des großen Bedarfs auch die Finanzierung eines weiteren Kurses durch den Kreis im Herbst diesen Jahres gesichert ist.

Die Vorsitzende appelliert an die Ausschussmitglieder, auf die Bereitstellung von hier relativ geringen Haushaltsmitteln für diesen Kurs hinzuwirken, der sich seinerseits wiederum in hohem Maße positiv auf den städtischen Haushalt auswirkt.

Die Fraktionen fassen einstimmig folgenden Beschluss:

> **Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann befürwortet die besondere Schwerpunktarbeit der Regionalstelle Frau und Beruf im Frauenbüro mit dem Ziel, Maßnahmen für alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen zu schaffen.**
>
> **Der Ausschuss begrüßt dabei ausdrücklich die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 5, Jugend und Soziales „Hilfe zur Arbeit“.**

7 **Situationsanalyse: Frauen in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach 1999**

Frau Fahner stellt die Datenanalyse auf der Grundlage der den Ausschussmitgliedern vorliegenden Anlage zur Beschlussvorlage Nr. 556/2000 vor. Die Analyse wurde von den einzelnen Fachbereichen erhoben und von der Statistikdienststelle, Frau Thoben, und dem Frauenbüro weiter bearbeitet.

Frau Fahner erläutert, dass Ziel die Verabschiedung eines Frauenförderplanes auf der Grundlage der erhobenen Daten ist und im nächsten Schritt die Prognosedaten erstellt werden müssen. Mit diesen Angaben muss eine Zielvereinbarung getroffen und diese von begleitenden Maßnahmen untermauert werden, wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen.

Auf die Nachfrage von Frau Wagner erläutert Frau Fahner, dass die von Herrn Kreilkamp im Hauptausschuss gegebene Auskunft, dass mehr gut ausgebildete

Frauen sich bewerben als Männer, im Erhebungszeitraum noch umgekehrt war. Frau Wagner erwähnt, dass es bei der Privatisierung der Reinigungskräfte keine Entlassungen gegeben hat. Frau Kreft bittet um Information zu den fehlenden Leistungszulagen bei den Reinigerinnen im Fachbereich 4. Frau Fahner berichtet, dass sie vor längerer Zeit bei Frau Roesgen nachgefragt und noch keine Antwort erhalten habe die Sache aber auf jeden Fall weiter verfolge. Frau Königs fragt nach Frauen in Führungspositionen in der Analyse. Frau Fahner antwortet, dass Frauen in den höheren Positionen noch immer fehlen. Frau Böhrs fragt nach, wie eine höhere Beteiligung von Frauen an den Projektgruppensitzungen zu erreichen ist. Dieser Frage schließt sich Frau Schöttler-Fuchs an und sieht die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Verantwortung der Fachbereichsleiter/innen. Frau Fahner führt aus, dass eine bessere Beteiligung z.B. durch eine Zeitstruktur erreichbar ist, die auch Teilzeitkräften eine Teilnahme ermöglicht. Außerdem könnte eine bessere Motivation in den Fachbereichen hilfreich sein. In manchen Projektgruppen ist die Teilnahme von Männern von vorneherein vorgegeben, weil die entsprechenden Funktionen von Männern besetzt sind, wie z.B. im Gesundheitsarbeitskreis mit zwei Arbeitsmedizinern. Die Verantwortung für die Frauenförderung haben nach dem Landesgleichstellungsgesetz die Leitungskräfte der Verwaltung, wobei die Frauenbeauftragte unterstützend mitwirken soll. Gemeinsam mit den Fachbereichen müssen also Zielperspektiven entwickelt werden, um den Frauenanteil in Projektgruppen zu erhöhen.
Auf die Frage von Frau Böhrs nach dem geringen Frauenanteil im Personalrat führt Frau Fahner aus, nur die ÖTV habe eine paritätisch besetzte Wahlliste gehabt. Herr Schmickler merkt an, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf diesen demokratischen Wahlvorgang habe. Auf Nachfrage von Frau Koshofer berichtet Frau Fahner, dass bei Einstellungen nach wie vor die Qualifikation maßgeblich ist. Bei einer nicht erreichbaren Einigung zwischen dem Fachbereich, dem Personalamt, dem Personalrat und der Frauenbeauftragten entscheidet die Bürgermeisterin.

Herr Schmickler führt aus, dass jede/r in seinem Bereich die konkreten Probleme angehen sollte und zur Erreichung der gesetzlichen Ziele auch jede/r in der Verwaltung in der Verantwortung steht. Die verwaltungsinterne Aufgabenverteilung unterliege der Organisationskompetenz der Bürgermeisterin. Insoweit sei jedoch nach seinem Wissen noch keine Entscheidung getroffen worden.
Frau Kreft bittet um genauere Angaben, insbesondere zur Erstellung des Frauenförderplanes unter Berücksichtigung der zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes vorgesehenen Frist zum November 2000. Herr Schmickler kündigt die Mitteilung des Sachstandes über das Protokoll an. *(Anlage)*

Auf Nachfrage von Frau Holtzmann zu den unterschiedlichen Vergleichszeiträumen auf Seite 5 der Statistik erklärt Frau Thoben, dass per 30.06.98 die letzte offizielle Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bekannt gegeben wurde, dass sich aber nach ihrer Einschätzung keine maßgebliche Veränderung im Laufe eines Jahres ergeben hat.
Frau Wagner hält es für sinnvoll, die vorgesehene Durchführungsverordnung abzuwarten. Frau Fahner berichtet, dass die Verordnung bislang nicht verabschiedet wurde und die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes ungeachtet dessen, wie in anderen Städten auch, jetzt erarbeitet werden sollte. Dieser Auffassung schließt sich Herr Schmickler an und weist darauf hin, dass das Fehlen der Ausführungsbestimmungen natürlich zur Folge hat, dass die Wahrnehmung von Aufgaben und Funktionen erst geregelt werden muss. Hieran werde sehr konkret gearbeitet. Die sich aus dem Gesetz ergebenden und von der Lenkungsgruppe zum Landesgleichstellungsgesetz erarbeiteten Pflichten wurden der Verwaltung von Frau Fahner bereits vorgetragen. Die Verwaltung sei im Vergleich zu anderen Städten gut

vorangekommen, nicht zuletzt, weil die Bürgermeisterin sich persönlich in besonderem Maße um dieses Thema kümmere.

Die Vorsitzende bedankt sich und hofft, dass die von Frau Fahner geleitete Lenkungsgruppe bald zu weiteren Ergebnissen kommt, unter Einbeziehung der vom Fachbereich 1 zu erhebenden Prognosedaten. Der Ausschuss diene als Kontrollorgan für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Verwaltung.
Frau Schöttler-Fuchs berichtet aus ihrer Tätigkeit beim Städte- und Gemeindebund, dass auch in anderen Gemeinden die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes diskutiert wird. In diesem Zusammenhang sei besonders zu erwähnen, dass viele Dinge, die sich in der Stadtverwaltung positiv verändert haben, auf die Hartnäckigkeit von Frau Fahner im Laufe ihrer 10jährigen Tätigkeit zurückzuführen seien. Weiter schlägt sie vor, in Erweiterung des Beschlussvorschlages die Verantwortung der jeweiligen Fachbereichsleitung für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes festzulegen. Herr Schmickler verneint unter erneutem Hinweis auf die Organisationskompetenz der Bürgermeisterin die Wirksamkeit eines solchen Beschlusses.
Frau Schöttler-Fuchs sieht weiterhin die Durchführung von Maßnahmen, die sich aus dem Landesgleichstellungsgesetz ergeben, in der Verantwortung der Leitungsebene unter Mitwirkung von Frau Fahner und möchte dies im dem zu fassenden Beschluss festhalten.
Frau Böhrs schließt sich ebenfalls der Meinung an, dass die Fachbereichsleiter/innen für in ihrem Bereich zu organisierende Maßnahmen auf der Grundlage des neuen Landesgleichstellungsgesetzes zuständig sind und als direkte Ansprechpartner/innen auch der Kontrolle des Ausschusses unterliegen. Auch Frau Kreft sieht die Umsetzung des neuen Gesetzes bereits im Eigeninteresse einer jeden verantwortungsbewussten Führungskraft.

Frau Holtzmann regt für die CDU-Fraktion die im nachfolgenden Beschluss berücksichtigte Veränderung an „Ziel soll es dabei sein, ein Gleichgewicht zu schaffen".

Frau Fahner weist ebenfalls noch einmal auf die relativ eigenständige Rolle der Fachbereichsleitungsebene bei den hier diskutierten personellen und finanziellen Entscheidungen hin. Herr Schmickler sieht hierin keinen Widerspruch zu seinem diesbezüglichen Vortrag und verdeutlicht, dass ausschließlich das Amt der Bürgermeisterin Adressat eines die Verantwortung der Fachbereichsleitungebene wünschenden appellierenden Beschlusses sein kann. Die Vorsitzende schlägt unter Hinweis auf die im Weiteren erhoffte Unterstützung von Herrn Schmickler die nachfolgend festgehaltene Beschlussfassung vor.

Die Fraktionen fassen somit einstimmig folgenden Beschluss:

> **Auf der Grundlage der Anforderungen des Landesgleichstellungsgesetzes und der Situationsanalyse „Frauen in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach 1999" unterstützt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann die Entwicklung von Maßnahmen, die zur Förderung von Frauen beitragen. Ziel soll es dabei sein, ein Gleichgewicht zu schaffen.**
>
> **Der Ausschuss gibt die Empfehlung an die Bürgermeisterin, alle Kräfte in der Verwaltung zu bündeln, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.**

8 **<u>Umfrage des Städte-und Gemeindebundes zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes</u>**

Frau Fahner weist auf die Ergebnisse der vom Städte- und Gemeindebund eingeleiteten Umfrage zur Problematik der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes hin. Im Juni 2000 konnte danach knapp die Hälfte der Gleichstellungsbeauftragten zu konkreten Ergebnissen bezüglich des Umsetzungsprozesses noch keine Stellung nehmen.
Frau Schöttler-Fuchs berichtet, dass der Städte- und Gemeindebund eine erneute Anfrage ein halbes Jahr vor der nächsten Landtagswahl starten will.
Auf Anfrage von Frau Böhrs erklärt Frau Fahner, dass in Bergisch Gladbach die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten an Maßnahmen im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes gegeben

ist, dass bei Entwicklung besonders frauenrelevanter Maßnahmen das Frauenbüro beteiligt wird.

9 Studie des Institutes für Demoskopie Allensbach "Fraueninteressen und Frauenpolitik"

Frau Fahner gibt einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Studie, wonach auch für jüngere Frauen Begriffe aus der Frauenpolitik positiv besetzt sind, wohingegen Männer mehrheitlich ablehnend reagieren.

Frau Königs weist darauf hin, dass die in ihrer Fraktion gemachten Erfahrungen nicht mit den Ergebnissen der Studie übereinstimmen und die Kiditiative sich darum eingehend mit dem Thema beschäftigen wird. Die Vorsitzende erwartet mit Interesse die Arbeitsergebnisse und bittet Frau Königs, im Ausschuss zu berichten.

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Münzer fragt in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Forums Obdachlosigkeit, ob das Frauenbüro sich angesichts der ständig steigenden Anzahl betroffener Frauen mit diesem Thema befassen könne. Probleme wie der Anstieg körperlicher Gewalt und Bedarf an Räumlichkeit wurden im letzten Protokoll formuliert.
Frau Fahner bestätigt, dass das Frauenbüro bislang nicht hiermit befasst wurde, sieht andererseits eine diesbezügliche Schwerpunktsetzung zur Zeit nicht für möglich. Sie bittet jedoch um Zuleitung des erwähnten Protokolls, das sie verwaltungsintern an die zuständigen Stellen weiterleiten wird.
Frau Schöttler-Fuchs weist auf einen Vorbericht zum Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hin, der möglicherweise auch hier in Bergisch Gladbach umsetzbare Maßnahmen beinhaltet *(der Vorbericht liegt diesem Protokoll bei)*.

Frau Münzer bittet darum, bereits in Vorlagen detailliert dargelegte Sachverhalte nicht erneut in den Sitzungen im Form eines Vortrages zu wiederholen, sondern jeweils sofort mit der Diskussion zu den im Vorfeld schon bestehenden Fragen zu beginnen.
Die Vorsitzende weist auf den zusätzlichen Informationsgehalt der bisherigen Vorträge hin. Sie wird zukünftig die Referenten/innen darum bitten, sich mit Themen zu beschäftigen, die nicht schon in der Vorlage dargestellt sind.
Frau Böhrs stimmt hiermit im Wesentlichen überein. Sie schlägt vor, die von ihr über den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport eingeholte Information über Angebote und Gymnastikkurse für Mädchen dem Protokoll beizuheften. Frau Koshofer regt die Berücksichtigung der Informationen im Mädchenmerker an. Dies befürwortet auch die Vorsitzende.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.15 Uhr.

(Vorsitzender)	( )	(Schriftführer)

Teilnehmerliste

Anwesend sind

Mitglied -CDU-

Frau Bendig
Herr Binding
Frau Holtzmann
Frau Münzer
Frau Reudenbach
Frau Schu

Mitglied -SPD-

Frau Kreft
Frau Schneider
Frau Schöttler-Fuchs

Mitglied -F.D.P.-

Frau Koshofer

Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

Frau Böhrs

Beratendes Mitglied

Frau Königs